

Anno ... 41. Woche

1933, 14. Oktober: Reichspropagandaminister Joseph Goebbels gibt bekannt, dass Deutschland den Völkerbund verlassen werde. Das Deutsche Reich war erst 1926 in die internationale Organisation, die 1920 in Folge des Ersten Weltkriegs mit dem Ziel der internationalen Abrüstung und der Sicherung des Friedens geschaffen worden war, aufgenommen worden. Willkommener Anlass für die Nazis ist die Genfer Abrüstungskonferenz, auf der Vertreter der britischen und der französischen Regierung Deutschland eine im Jahr zuvor zugesicherte militärische Gleichberechtigung verwehren. Adolf Hitler teilt den Austritt am 19. Oktober formell mit. Die Nazis verbinden die Reichstagswahl im November, bei der die Wähler lediglich eine faschistische Einheitsliste wählen können, mit einer Volksabstimmung über den Austritt, die laut offiziellem Ergebnis eine Zustimmung von 95,1 Prozent der abgegebenen Stimmen ergibt.

1943, 13. Oktober: Nachdem Benito Mussolini am 25. Juli gestürzt worden ist, erklärt der von König Viktor Emanuel III. zum Ministerpräsidenten Italiens ernannte General Pietro Badoglio dem Deutschen Reich den Krieg. Der am 23. September gegründete und von Mussolini regierte Satellitenstaat »Italienische Sozialrepublik«, der im Süden bis Rom reicht, verbleibt an deutscher Seite. Die Existenz der Sozialrepublik endet am 25. April 1945 mit der Flucht Mussolinis, kurz danach kapitulieren die deutschen Streitkräfte in Norditalien.

1958, 14. Oktober: Die Bundestagsfraktion der SPD empfiehlt allen Mitgliedern ihrer Jugendorganisationen, sich für die Unteroffiziers- und Offizierslaufbahn in der Bundeswehr zu bewerben. Der Stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Verteidigungsexperte Fritz Erler argumentiert, man müsse den Einfluss der CDU in der neugeschaffenen Armee zurückdrängen, Kanzler Konrad Adenauer versuche, »die Sozialdemokratie aus diesem Staat herauszudrängen« und missbrauche die Bundeswehr als »CDU-Schule der Nation«. Die angesprochenen Jugendorganisationen protestieren gegen die Empfehlung. Der Sozialistische Deutsche Studentenbund erkennt in der Aufforderung der SPD-Fraktion eine »Absage der Partei gegenüber den antiatomaren Verpflichtungen« und eine »Bloßstellung aller Genossen (...), die die Arbeit der Wehrdienstverweigerung unterstützen«.

<https://www.jungewelt.de/artikel/341173.anno-41-woche.html>